

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 46 (1971)
Heft: 1

Artikel: Sorge um den Lehrerstand
Autor: A.M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1080067>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sorge um den Lehrerstand

Wer heute an die Sorgen und Nöte der Schule, besonders der Volksschule denkt, denkt in erster Linie an zwei besonders akute Probleme: an die Vor- und Nachteile der interkantonalen Koordination einerseits und an den Lehrermangel anderseits. «Das Volk, die grosse Masse, leidet», so schrieb vor einiger Zeit Schulblatt-Redaktor Bernhard Peter, «unter dem Schulsalat in der Schweiz und will endlich Reformen und Anpassungen zwischen den kantonalen Schulsystemen sehen.» Bernhard Peters Ungeduld ist sicher verständlich, denn aus den allzuvielen Reden sind bisher allzuwenig Taten erwachsen. Tatsächlich geht es viel zu langsam voran.

Aber immerhin: langsames Vorangehen heisst nicht unbewegliches Verharren, es zeichnet sich nähmlich ein gewisser Fortschritt — wie so oft in der Schweiz — auf einem Umweg ab. Wenn gewisse Optimisten glauben, durch eine Koordination der Schulsysteme werde man zu einer einheitlichen Schulmethode gelangen, so gibt es anderseits gewisse Realisten, die an eine Angleichung des Schulsystems auf dem Umweg über die Vereinheitlichung der Methode glauben. Anhaltspunkte sind vorhanden. So haben sich zum Beispiel schon vor einigen Jahrzehnten die Erziehungsdirektoren der Kantone Zürich, Bern und Genf im Rahmen einer Atlaskommission zusammengesetzt und dann wurde ein einheitlicher Mittelschulatlas gutgeheissen, der seither in allen drei Sprachgebieten der Schweiz verwendet und regelmässig gemeinsam erneuert wird. Dass sich dann konsequenterweise auch der Geographieunterricht mehr und mehr auf einer Linie gefunden hat, liegt auf der Hand.

Analoge Entwicklungen zeichnen sich auch in anderen Fächern ab. Die Lehrmittelverlage der grossen Kantone geben meistens Lehrmittel auch für andere, kleinere Kantone heraus, die sich aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen haben. In einer zweiten Phase ging man dazu über, die Wünsche dieser anderen Interessenten

schnon vor der Herausgabe eines Buches zu berücksichtigen, und der Kanton Zürich hat jetzt sogar einen eigenen Funktionär bestellt, der die Aufgabe hat, die Koordination auf dem Lehrmittelsektor voranzutreiben. Das Physikbuch für die Oberstufe zum Beispiel ist gemeinsam für 17 deutschschweizerische Kantone konzipiert, und nur zwei Kantone der Sprachregion stehen abseits. Die völlige Vereinheitlichung dieses Lehrmittels scheiterte bisher an vertraglichen Abmachungen der beiden Aussenseiter-Kantone mit privaten Verlagen, also an einer Hürde, die mit gutem oder schlechtem Willen überhaupt nichts zu tun hat. Immerhin gibt es ausgesprochen föderalistische Hemmungen, indem aus historisch erklärbaren Gründen die grossen und damit auch wirtschaft-

lich starken Kantone die ersten waren, die in eigenen Staatsverlagen Lehrmittel herausbrachten und somit ein zeitliches, aber auch ökonomisches Primat erhielten. Trotzdem sind diese Hemmungen jetzt eindeutig im Schwinden, so dass die Koordination der Lehrmittel am erfolgreichsten erscheint. Dies kann und muss selbstverständlich zu einer gewissen Angleichung des Lehrplanes führen, um so mehr als dort im Zeichen der modernen pädagogischen Orientierung die Unterschiede bereits nicht mehr sehr wesentlich sind. Die Lehrpläne sind ja so weitmaschig angelegt und lassen dem einzelnen Lehrer in den meisten Kantonen so viel Freiheit, dass einer Übereinstimmung kaum mehr unüberwindbare Hindernisse im Weg stehen.

Nicht als Ausrede benützen!

Viel schwerer wiegt das Auseinanderklaffen der verschiedenen Organisationen, die Gliederung in vier, fünf oder sechs Primarklassen und ihre Weiterführung in die Mittelschule. Diese vereinheitlichende Neuordnung aber ist viel schwieriger, und der Zürcher Erziehungsdirektor Dr. Walter König betont denn auch unumwunden: «Diese Vereinheitlichung müsste sich meiner Meinung nach aus der Angleichung der Lehrpläne und der Lehrmittel der einzelnen Stufen und Schuljahrgänge ergeben und sollte nicht vorausgenommen werden». Einen Beweis für diese Behauptung kann Erziehungsdirektor König liefern, indem er auf den Französisch-Unterricht verweist. Im Kanton Zürich beginnt man mit der ersten Fremdsprache, eben dem Französisch, in der ersten Sekundarklasse oder in der zweiten Klasse des Gymnasiums, womit Zürich eindeutig weit am Ende der «Rangliste» steht, denn der Kanton Wallis zum Beispiel, obwohl es sich dabei um einen Spezialfall handelt, fängt mit der ersten Fremdsprache schon in der ersten Primarklasse an; aber Fremdsprache in der vierten oder

fünften Primarklasse ist anderswo keine Seltenheit. Der Kanton Zürich hat nun erste Vesuche unternommen, den Französisch-Unterricht, selbstverständlich mit modernen Mitteln, schon auf diese Primarklassen anzusetzen. Der Widerhall ist ausserordentlich positiv. Die Wahrscheinlichkeit, dass daraus eine definitive Lösung wird, ist gross, und daraus könnte sich eine Angleichung ergeben, indem man die Benennung Primarschule zwar belässt, aber den gleichen Stoff, also auch die Fremdsprache, vermittelt, der anderswo in der gleichen Altersstufe, aber bereits nach der Selektionierung der Schüler, gelehrt wird.

Wenn Regierungsrat König dies als den richtigen Weg bezeichnet, muss man ihm wohl vorbehaltlos zustimmen, nur darf dies nicht zu einer Ausrede oder gar zu einem falschen Alibi für jene werden, die nun einfach abwarten wollen, anstatt sich aktiv für die dringend nötige Koordination einzusetzen. Damit sei nun nicht gesagt, dass die Koordinationskräfte grundsätzlich sehr schwach seien. Gewisse Ansatzpunkte, vor allem im Ziel auf eine Vereinheitlichung des Schulan-



Der Zürcher Erziehungsdirektor Dr. Walter König: eine letzte Anstrengung vor dem Rücktritt.

fangs, sind vorhanden. Regierungsrat König aber warnt mit Recht: «Wenn wir es bei der Umstellung des Schuljahresbeginns vom Frühling auf den Herbst nicht fertig brächten, wenigstens die ostschweizerischen Kantone auf den gleichen Zeitpunkt zu verpflichten, so wäre dies ein Rückschritt gegenüber der jetzigen Lage». Ein grosser Teil der deutschschweizerischen Kantone hat Anstrengungen unternommen, den Schuljahresbeginn auf den Oktober anzusetzen. Von verschiedener Seite wurden dafür oder dagegen wirtschaftliche Gründe gelten gemacht, doch scheint diese Argumentation nun zu verebben. Praktisch warten jetzt die kleineren Kantone auf den Entscheid der grösseren und sind glücklicherweise von einem falschen Minderwertigkeitsgefühl abgerückt in der Erkenntnis, dass eine Vereinheitlichung nur in einem gewissen Kompromiss erreicht werden kann.

Dass dann einmal die Umstellung vom Frühling auf den Herbst grosse Probleme aufwirft, liegt auf der Hand. Die Idee, den bei dieser Gelegenheit eintretenden Arbeitsausfall zu einer systematischen Weiterbildung der Lehrer zu verwenden, ist unrealistisch, denn zum Beispiel im Kanton Zürich mit seinen etwa 4500 Volksschullehern wäre es völlig unmöglich, einen Instruktionsstab für eine so grosse Zahl aufzustellen. Ein grosser Kanton wird also notwendigerweise die Umstellung in Schichten vornehmen müssen, wobei die Schichten nicht allzu gross sein dürfen, weil sonst einzelne Schüler zweimal in den Wechsel geraten könn-

ten. Der Zürcher Plan geht davon aus, innerhalb von zwei Schuljahren den Schulanfang zweimal um ein Vierteljahr zu verändern. Die Idee, einfach bei der ersten Volksschulkasse mit dem neuen Termin zu beginnen, wird von den Fachleuten abgelehnt, weil die Umstellungsschwierigkeiten sich dann auf eine Zeitspanne von 13 Jahren erstrecken würden.

Eine andere Schwierigkeit liegt für ein System, wie es zum Beispiel in Zürich in Kraft ist, in der Anpassung an die Universität. Das letzte Halbjahr des Gymnasiums, also vom Frühling bis in den Sommer, gilt jetzt dem Abschluss der Mittelschule. Wenn einmal der Herbstanfang eingeführt sein wird, müsste entweder das Gymnasium um ein halbes Jahr verlängert oder aber verkürzt werden. Der Vorschlag der Verkürzung stiess vor allem in Lehrerkreisen auf Widerstand, so dass man eher bei der jetzigen Schuldauer bleiben will, was den jungen Männern die Möglichkeit gäbe, vor Hochschulbeginn die Rekrutenschule zu absolvieren, während die künftigen Studentinnen — etwa analog der Regelung einzelner westschweizerischer Kantone — sich praktisch weiterbilden könnten, zum Beispiel durch Aufenthalt in einem fremdsprachigen Gebiet. Dass in den Betrachtungen der Fachleute die Rücksichtnahme auf die Lehrer ebensoviel Gewicht hat wie jene auf die Schüler, ist verständlich, wenn man an den akuten Lehrermangel denkt. In dieser Beziehung hat man sich dort, wo man sich der Probleme bewusst ist, in erster Linie darauf verlegt, die Basis der Volksschullehrer zu

verbreitern. Dabei geht man davon aus, dass in der Folge dann auch die oberen Stufen günstig beeinflusst werden. Für die Planung macht Erziehungsdirektor Dr. Walter König darauf aufmerksam, dass eine zahlenmässig festzuhaltende Voraussage praktisch unmöglich sei. Tatsächlich hat man vor nicht allzu langer Zeit angenommen, dass ein Run auf die Naturwissenschaften stattfinden werde, während man jetzt feststellen muss, dass die Überfüllung der geisteswissenschaftlichen Abteilungen wesentlich grösser geworden ist.

Die Sorge um die Anziehungskraft des Lehrerberufes muss dort, wo sie sich in realen Massnahmen niederschlägt, vor allem zu materieller Besserstellung führen. Im Kanton Zürich ist man davon ausgegangen, dass es nicht genügt, einen Volksschullehrer einfach im Laufe von acht festen Dienstjahren zum Einkommensmaximum aufsteigen zu lassen, weshalb vor einigen Jahren eine zweite Besoldungsstufe eingeführt wurde. Nun geht es aber, insbesondere im Hinblick auf den in anderen Branchen strapazierten Arbeitsmarkt, darum, auch älteren, also etwa vierzigjährigen Lehrern eine Chance einzuräumen, um nicht zu jenem Zeitpunkt ausgerechnet die erfahrenen Kräfte zu verlieren. Der Kanton Zürich ist deshalb zu einer dritten Besoldungsstufe gelangt, die eine Abgeltung sein soll für jene Möglichkeiten, die sogar ein Beamter hat. Auf diese Weise hofft man, langfristig Leute zum Lehrerberuf zu bringen, die sonst eher abgeneigt gewesen wären. Dass dieser Schritt ausserkantonal nicht immer als freundsgenössisch gewertet wurde, ist begreiflich, denn viele kleinere und vor allem wirtschaftlich weniger starke Kantone haben diese Möglichkeiten ja nicht. Gerae so gesehen wird aber deutlich, wie schwer aus unserer Grundstruktur heraus eine wirkliche Koordination ist, denn es genügt ja nicht, die gleichen Lehrpläne und Schulbücher zu haben, wenn der Unterschied in der Qualität der Lehrkräfte diese Anstrengungen zu nichte macht.

A. M.